

Hoffnung auf neue Landesregierung:

Bund soll „Deutsche Küstenwache“ aufbauen

Erste Maßnahmen eingeleitet und umgesetzt/ Standort Cuxhaven richtige Wahl

(Husum/Cuxhaven/ Varel i.O.) Auf der letzten Mitgliederversammlung der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste SDN in Brake hat der Vorsitz Rudolf-Eugen Kelch erneut den Aufbau einer „Deutschen Küstenwache“ mit monokratischen Führungsstrukturen gefordert. Es sei an der Zeit, so Kelch, endlich die vorhandenen schwimmenden Verbände des Bundes und der Länder in eine derartige Organisation zu verschmelzen, um ein möglichst effektives Instrument bei der Überwachung und bei der Bekämpfung von Havarien in Nord- und Ostsee fast sieben Jahre nach der Havarie der „Pallas“ vorzuhalten.

Und die bisher umgesetzten Maßnahmen würden direkt eine solche Entscheidung seitens der Politik erfordern. Der vorhandene „Koordinierungsverbundes Küstenwache“, der Aufbau eines Havariekommandos und die geplante Einrichtung eines „Maritimen Sicherheitszentrums“ in Cuxhaven seien die richtigen Entscheidungen und werden von der SDN außerordentlich begrüßt. Man müsse nunmehr konsequent den eingeschlagenen Weg weitergehen und nicht kurz vor dem Ziel stehen bleiben, meint Kelch. So gestehen auch die zuständigen Verwaltungen von Bund und Ländern ein, dass „Optimierungsbedarf“ bestehe und man wolle die Zusammenarbeit auch verbessern. Sobald eine Änderung von Strukturen angemahnt werde, würden wiederum Verwaltungen diese mit allen Mitteln abblocken, erläutert der Vorsitz. Zwar seien von den Ministern Stolpe und Schily Arbeitsgruppen gebildet worden, die sich mit der Verbesserung beschäftigen, aber derzeit würden nur Verbesserungen im Rahmen der bestehenden Strukturen diskutiert.

Nach Meinung des Umweltverbandes ist es unerlässlich, auch angesichts der knappen Haushalte von Bund und Ländern, alte Strukturen aufzubrechen und schlankere Abläufe bei der Überwachung der Meere zu schaffen. Der Verband fordert daher die Regierung auf, die Einheiten von Zoll, BGS, Wasserschiffahrtsverwaltung und Bundesfischereiaufsicht in eine „Deutsche Küstenwache“ zusammenzufassen, die auch ihren Namen verdient. Dieses könne ohne Grundgesetzänderung vorgenommen werden. Danach erst müsse mit den Ländern ein Weg gesucht werden, wie auch die Wasserschutzpolizeien in diese Organisationsform als gleichberechtigter Partner eingebunden werden können. Hier sieht die SDN die Möglichkeit über die Unterzeichnung eines Staatsvertrages zwischen den Beteiligten.

Denn der bisherige Zustand sei naturgemäß kompliziert, da alle Lagen und Maßnahmen der Überwachung und Kontrolle von den verschiedenen Behörden grundsätzlich in ihren eigenen Organisationsstrukturen abgearbeitet würden. Überschneidungen, Verzögerungen, überflüssige Abstimmungsverfahren seien das Ergebnis solcher Strukturen. Nur der große persönliche Einsatz der Beamten vor Ort und die hohe Motivation hätten bisher diese Hürden stets überbrückt. Nach langer politischer Diskussion müsse die endlich der Mut aufgebracht werden, so Kelch, heute die Entscheidungen für die Zukunft und eine effektive Form einer „Deutschen Küstenwache“ herbeizuführen. Hier sei zunächst die Bundesregierung in der Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen und nicht nur Opfer von der Bevölkerung zu verlangen. Hoffnung setzt die SDN auch auf den designierten Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Peter-Harry Carstensen. Er hatte sich, wie übrigens auch die vorherige Landesregierung unter Ministerpräsidentin Heide Simonis, für den Aufbau einer einheitlichen „Deutsche Küstenwache“ bereits im letzten Jahr ausgesprochen.

Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung!

Hans v. Wecheln

Hans von Wecheln
Vorstandssprecher SDN